

Wiens Kohlenversorgung während der Kriegszeit.

Seit längerer Zeit finden im Arbeitsministerium Beratungen der Ministerien über die Kohlenversorgung Wiens statt, denen auch der Bürgermeister beigezogen ist. Während aus anderen Teilen des Reiches bisher keine Klagen über die unzureichende Kohlenversorgung vorliegen, wurden von den großen Kohlenkonsumenten in Wien Beschwerden vorgebracht, die nicht unbeachtet bleiben konnten. Die mangelhafte Kohlenversorgung hängt zum Teil mit den geringen Zufuhren aus Oberschlesien zusammen, die jedoch in der allerletzten Zeit eine Steigerung erfahren haben. Wie berichtet wird, kommen nach Oesterreich-Ungarn derzeit täglich etwa fünfzehnhundert Waggons ober-schlesischer Kohle, während die Einfuhr in ruhigen Zeiten doppelt so groß ist. Es scheint, daß in den interministeriellen Konferenzen, die unter dem Vorsitz des Sektionschefs *S o m a n n* stattfinden und bisher kein Ergebnis zeitigten, auch davon gesprochen wurde, daß die Bergarbeiter sich gegen die Verfahrnung von Ueberschichten wenden und daß in der geringen Förderung auch zum großen Teil die Ursache der mangelnden Kohlenversorgung liege. Darauf deutete eine Aeußerung des Bürgermeisters in der letzten Sitzung der Klubobmänner des Wiener Gemeinderates hin, die dahin ging, die sozialdemokratischen Vertreter mögen auf die Bergarbeiter einwirken, damit durch Verfahrnung von Ueberschichten die Kohlenförderung beschleunigt werde, um so den Bedarf während der Kriegszeit wenigstens annähernd zu decken. Schon in der Sitzung der Klubobmänner wurde dem Bürgermeister begreiflich gemacht, daß die Bergarbeiter an dem herrschenden wirklichen oder nur vermeintlichen Kohlenmangel nicht das geringste Verschulden trifft und daß auch jetzt noch in vielen Kohlenbergbauen Feierschichten eingelegt werden, die auf verschiedene Ursachen zurückzuführen sind.

Wir haben nun bei unseren Genossen von der deutschen Bergarbeiterorganisation Erkundigungen eingezogen und es wurde uns die interessante Aufklärung zuteil, daß die Organisation alle Mühe aufwendet, daß Ueberschichten — soweit sie bei den größtenteils kontinuierlichen Betrieben gemacht werden können — nicht verfahren werden, so lange es noch eine sehr große Zahl von Arbeitslosen gibt. Die Kaliindustrie hat viele Hunderte von Bergarbeitern erwerbslos gemacht, von denen nach Westfalen, aber auch nach Oberschlesien genügend gelernte Bergarbeiter geschickt wurden. In Oberschlesien selbst gibt es eine Menge anfähiger Bergarbeiter, die arbeiten wollen, die aber nicht beschäftigt werden, weil sie tätige Verbands- oder Parteimitglieder sind und wahrscheinlich auf der schwarzen Liste stehen. Dagegen wurden viele ungelernete Arbeiter für die Zechen aufgenommen, die sich aber erst einarbeiten müssen.

In Westfalen werden auf einer großen Anzahl Zechen Ueberschichten verfahren, wozu die Bergarbeiter durch Androhung der Entlassung gezwungen werden, während zur selben Zeit auf einer anderen Anzahl von Zechen Feierschichten stattfinden. Deshalb sind auch in Westfalen die Arbeiter gegen Ueberschichten, wozu auch noch der Umstand geradezu aufreizt, daß die Werksbesitzer die Kriegszeit zu ausgiebigen Lohnrückereien benützen. Ueber Herabdrückung der Löhne klagen auch die Häuer im Ruhrrevier, wo im Monat August die meisten Feierschichten seit langer Zeit eingelegt wurden.

Wenn nun der ungeheure Wagenmangel berücksichtigt, wenn ferner erwogen wird, daß die englische Kohle fehlt, die in Friedenszeiten in Deutschland stark verbraucht wurde, dann begreift man, daß die Zufuhr ober-schlesischer Kohle nach Oesterreich einen starken Rückgang erleiden muß. Ueberschichten zu machen, wenn vorhandene Arbeitskräfte zum Feiern verdammt werden, weil die Werksbesitzer Feinde der Organisierten sind, kann man den beschäftigten Bergarbeitern nicht zumuten. Der österreichische Konsum wird sich nach diesen Aufklärungen mehr als bisher der heimischen Kohlenproduktion zuwenden müssen, bei der aber gleichfalls eine Reihe von Umständen zusammenwirkt, um die Deckung des Kohlenbedarfes bedeutend zu erschweren.

Sowohl die Stein- als auch die Braunkohlenproduktion des Reiches hat in dem Monat August durch

die Kriegseignisse eine sehr ansehnliche Verminderung, und zwar jene um dreißig, diese um vierzig Prozent erfahren. Während der großen Truppentransporte gab es überhaupt keine Kohlenverladung. Ein sehr großer Teil der Bergarbeiter wurde einberufen und erst gegen Ende August wurden die mittlerweile unter staatlichen Schutz gestellten Bergbaue von der Entziehung ihrer geschulten Arbeitskräfte befreit. Als der Güterverkehr auf den Bahnen wieder aufgenommen wurde, lag die Bestellung der Wagen sehr im argen, so daß der bereits stark ansteigende Bedarf, namentlich in den für den Krieg produzierenden Industrien, nicht gedeckt werden konnte. Den Bergarbeitern wurden Feierschichten eingelegt und im Braunkohlenrevier ist von der am 9. August kundgemachten Aufhebung der Sonntagsruhe vorläufig kein Gebrauch gemacht worden. Noch im zweiten Halbmonat August sind in den einzelnen Schächten sechs bis acht und auf einzelnen auch neun Schichten im Halbmonat verfahren worden. Nur im Ostau-Rarwiner Revier wurde voll gefördert und die Aufhebung der Sonntagsruhe ausgenützt. Die Zahl der Eingekerkerten in den Bergwerksrevieren wird auf dreißig Prozent der normal beschäftigten Belegschaften geschätzt. Die meisten Bergbaue sind nun staatlich geschützt, die Löhne werden gedrückt und ein furchtbares Antreiber-system hat Platz gegriffen. Das Akkordgedinge sinkt stetig und die Bergarbeiter sind an die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit gebracht worden.

Wir werden uns noch eingehender mit diesen Zuständen beschäftigen müssen, damit die interministerielle Konferenz erfahre, ob die Bergarbeiter noch mehr leisten können, ob sie Grund haben, sich für Ueberschichten zu begeistern.